

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Thorsten Weiß (AfD)**

vom 03. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Dezember 2019)

zum Thema:

Die Schule als Hochsicherheitstrakt – ‚NETWASS‘ und Metalldetektoren an Schulen im Bezirk Treptow-Köpenick

und **Antwort** vom 18. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Dez. 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21823

vom 3. Dezember 2019

**über Die Schule als Hochsicherheitstrakt – ‚NETWASS‘ und Metalldetektoren
an Schulen im Bezirk Treptow-Köpenick**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorwort: Das von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte Projekt NETWASS (*Networks Against School Shootings*) soll ein „neuer Ansatz für Früherkennung...an über 100 Schulen in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg“ sein. Teil dieses Projekts ist auch die infrastrukturelle und personelle Wappnung von Schulen gegen neue Herausforderungen wie Terrorismus, Amokläufe, illegaler Waffenbesitz und ähnliche Verstöße, mit denen sich Bildungs- und Jugendeinrichtungen konfrontiert sehen.

Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz obliegt den Bezirken die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemein bildenden öffentlichen Schulen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule, insbesondere der Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulen.

Die schriftliche Anfrage betrifft daher auch Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher das Bezirksamt Treptow-Köpenick um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt wurde.

Der Verwaltung wurden nachfolgende Aussagen übermittelt:

1. Wurden Schulen (im primären und sekundären Bildungsbereich) im Bezirk Treptow-Köpenick in das Netzwerk einbezogen? Wenn ja, welche?
2. Wie hat sich das Projekt NETWASS auf die Arbeit mit Themen der Bedrohung durch Waffen oder Selbstschutz in dieser(n) Schule(n) konkret ausgewirkt?

Zu 1.-2.:

Die öffentlichen Schulen im Bezirk Treptow-Köpenick waren in das Projekt nicht eingebunden.

3. Gab es seit Projektbeginn bereits Vorfälle von Verstößen gegen das WaffG als Gesamtes an Schulen innerhalb des Bezirkes Treptow-Köpenick? Welche Schulen waren betroffen? Insofern es zu Verurteilungen Minderjähriger kam, bitte um Auflistung nach Verstoß und Strafmaß.

Zu 3.:

Der regionalen Schulaufsicht Treptow-Köpenick sind keine entsprechenden Vorfälle im Projektzeitraum bekannt.

4. Sind bereits Schulen im Bezirk mit Metalldetektoren oder ähnlichen Vorkehrungen des gesicherten Einlasses ausgerüstet? Wenn ja, Bitte um Nennung der Schulen und Form der Aus- bzw. Nachrüstung.

Zu 4.:

Die Zuständigkeit für die Sicherung der Gebäude befindet sich beim jeweiligen Schulträger. Eine Nachfrage ergab, dass keine öffentliche Schule im Bezirk Treptow-Köpenick mit Metalldetektoren oder ähnlichen Vorkehrungen des gesicherten Einlasses ausgerüstet ist.

5. Wie bewertet der Senat das Projekt NETWASS als Gesamtes und seinen Beitrag zu der Herstellung sicherer Schulen in Berlin?

Zu 5.:

Zur Bewertung des NETWASS Programms verweist der Senat auf die Ausführungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt im Heft 54 „Gewalterfahrung und Lebenslage - eine Dunkelfelduntersuchung an Schulen in Berlin“, Seite 101, aus dem Jahr 2015 (<https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2015/artikel.247803.php>)

sowie das Portal „Grüne Liste Prävention“

(<https://www.gruene-liste-praevention.de/nano.cms/datenbank/programm/67>).

Die Effektivität des Programms ist nachgewiesen.

Das Portal listet auch die Fortbildungsprogramme, welche in Berlin bereits seit Jahren umgesetzt werden.

Berlin, den 18. Dezember 2019

In Vertretung

Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie